

# FORUM MENSCHENRECHTE



## Forderungen anlässlich der Bundestagswahl 2025

*Menschenrechte für alle sind das Fundament unserer demokratischen Gesellschaft und rechtsstaatlichen Ordnung. Dafür müssen alle politisch Verantwortlichen aktiv eintreten. Parteien, die sie relativieren oder gar leugnen, sind nicht wählbar.*

- Jeder Mensch hat ein Recht auf ein **gewaltfreies Leben**. Dies muss unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung, Einkommen, Alter, Aufenthaltsstatus oder Nationalität gelten. Das Gewaltschutzsystem in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für dessen Finanzierung eine bundesgesetzliche Grundlage zwingend erforderlich ist.
- Neben Frauen muss allen gewaltbetroffenen Menschen ein **Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe** zustehen. Insbesondere sind vulnerable Gruppen wie Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und LSBTIQ\* vor Diskriminierung, Gewalt und Hasskriminalität zu schützen.
- Körperliche Angriffe auf Journalist\*innen sind stark angestiegen und gefährden die Pressefreiheit zunehmend. Die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung von **Gewalt gegen Journalist\*innen** müssen online und offline besser durchgesetzt werden.
- Wir fordern eine **menschenwürdige Existenzsicherung** für alle, insbesondere eine Erhöhung der Regelsätze auf ein bedarfsgerechtes Niveau und eine Abschaffung der Sanktionen. Eine angemessene Arbeitsförderung muss Erwerbslose bei der sozialen und beruflichen Integration unterstützen.
- Um **soziale Menschenrechte** zu finanzieren und allen ein Leben in Würde zu sichern, fordern wir die Reform der Schuldenbremse und die gerechte und solidarische Besteuerung großer Privatvermögen sowie Betriebsvermögen.
- Wir fordern die Schaffung **bezahlbaren Wohnraums** durch eine Verschärfung der Mietpreisbremse und die Einführung verbindlicher Sozialwohnungsquoten sowie die Gewährleistung flächendeckender, menschenrechtskonformer Unterkünfte für wohnungslose Menschen.
- **Sexuelle und reproduktive Rechte** sind Menschenrechte. Es gibt keine Menschenrechte zweiter Klasse. Ihre Einhaltung muss Handlungsmaxime der deutschen Bundesregierung sein.
- **Schutz vor Rassismus und Diskriminierung** ist unteilbar. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung muss nach ein und denselben menschenrechtlichen Standards für alle von rassistischer Diskriminierung betroffenen Gruppen erfolgen.
- Rassistischer Diskriminierung **und rassistisch motivierter Gewalt** muss mit rechtsstaatlicher Konsequenz entgegengetreten werden. Dazu gehören das Verbot anlassloser

Personenkontrollen der Polizei, unabhängige Beschwerdemechanismen und die Verbesserung der statistischen Erfassung von rassistischen Straftaten.

- Kommunen und Zivilgesellschaft benötigen die unverminderte Unterstützung des Bundes bei der Förderung von Begegnung und Gemeinwesenarbeit, um Rassismus und Diskriminierung effektiv entgegenzuwirken und **gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort zu stärken**. Engagement für Menschenrechte und Demokratie muss als gemeinnützig anerkannt werden.
- Wir fordern eine **menschenrechtsbasierte und solidarische Migrationspolitik** weltweit. Migration muss als Realität anerkannt werden, ohne menschenrechtliche Verpflichtungen zu vernachlässigen.
- Wir fordern den **Zugang zu einem fairen Asylverfahren** und effektivem Rechtsschutz in Deutschland und in allen EU-Staaten. Die uneingeschränkte Anwendung der Europäischen Menschenrechtskonvention verbietet die Abschiebungen in menschenunwürdige Zustände.
- Wir fordern ein **menschenwürdiges Aufnahmesystem**, das soziale Gruppen nicht gegeneinander ausspielt. Dazu gehört die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, die psychosoziale Versorgung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten die Abschaffung von Arbeitsverboten und die Verbesserung und Verstetigung von Bleiberechtsregelungen.
- Wir fordern, dass der Menschenrechtsschutz zu einem strategischen Schwerpunkt der deutschen **Entwicklungspolitik** wird. Die Entwicklungspolitik sollte als Hebel genutzt werden, um den wachsenden menschenrechtlichen Herausforderungen in der internationalen Zusammenarbeit kohärent, aktiv und offensiv zu begegnen.
- Die Bekämpfung der **Klimakrise** ist eine menschenrechtliche Verpflichtung. Klimapolitische Minderungs-, Anpassungs- und Ausgleichsmaßnahmen müssen Menschenrechte systematisch berücksichtigen. Der Einsatz für den Klimaschutz darf nicht kriminalisiert werden.
- Die entwicklungspolitische und menschenrechtliche Wirkung von multilateralen Banken ist für große Bereiche der Investitionen kaum nachvollziehbar. Wir fordern eine stärkere parlamentarische **Aufsicht über multilaterale Banken**, um die Rechte von Betroffenen, die institutionelle Rechenschaftspflicht und die Transparenz in der Kreditvergabe zu stärken.
- Wir fordern einen starken Einsatz für **Menschenrechte und Nachhaltigkeit im globalen Wirtschaften**. Das europäische Lieferkettengesetz (CSDDD) muss ambitioniert und zügig in nationales Recht umgesetzt werden, ohne das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) abzuschwächen.
- Wir fordern eine kohärente **menschenrechtsbasierte Außenpolitik ohne doppelte Standards**, die Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts konsequent anspricht, egal von wem sie begangen werden, und sich ebenso konsequent gegen Straflosigkeit von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen engagiert.
- Zum **Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen** fordern wir die konsequente Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinien, ausreichende personelle Ressourcen dafür an deutschen Botschaften und den verlässlichen Zugang zu lebensrettenden Visa.
- Wir fordern die politische und finanzielle **Stärkung des internationalen Menschenrechtssystems**. Die Mitwirkung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen im VN-Menschenrechtssystem ohne Furcht vor Repressionen muss gesichert werden.

Diese ausgewählten Forderungen sind sehr kurz gehalten. Ausführliche Analysen und Empfehlungen zu diesen und weiteren Themen finden sich in unseren [Aide-Mémoires auf der Webseite](#).

Die Mitgliedsorganisationen des FORUM MENSCHENRECHTE tragen diese Forderungen im Rahmen ihres jeweiligen Aufgabengebiets, ihrer Zielsetzung, ihres Mandats und ihrer Grundüberzeugung.